

Diese Zeitung erscheint
alle Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1.-
Gingertagen in die Post
gezahnt ist. Nr. 6488

Ausgegeben wird:
Arbeitsvermittlungs- und
Fabrikstellen-Anzeigen die
Selpaltes Kolonel-Belle
so
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Greb.
Druck von C. & H. Weißer & So. beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: O. Schröder, Hannover.
Redaktionsschluß: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Altonastraße 7, 2 Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Menschenvernichtung — Menschen- erhaltung.

IV.

8. Sozialversicherung.

Im vorliegenden Abschnitt haben wir den Arbeiterschutz als wichtiges Mittel zur Erhaltung der Volkskraft genannt. Ein andres, nicht minder wichtiges Mittel ist die Erweiterung unserer Sozialversicherung. Fraglos ist die Sozialversicherung Deutschlands jahrelang vorbildlich für andre Völker gewesen. Heute ist sie es aber schon nicht mehr. Unsere Industrienverförgung ist in andern Ländern weit übertrifft, und die Arbeitslosenfürsorge ist bei uns nur in einigen dürfstigen Anfängen vorhanden, die endrein noch meist erst aus dem Kriegsnot geboren sind. Die Arbeiterschaft wird nach diesem Kriege den Ausbau der sozialen Versicherung, vor allem die Einführung einer Reichsarbeiterschaffen ver sich erung, noch entschiedener fordern müssen und noch triftiger begründen können als vorher. Allerdings werden auch die Kräfte, die einem Ausbau der Arbeiterschaffen entgegentreten, zahlreich und stark sein. Sie werden auf die Kosten einer solchen Fürsorge verweisen, die nach dem gewaltigen finanziellen Überlaß dieses Krieges nicht aufzuhalten seien. Anzeichen dafür, wie dieser Kampf gegen die Sozialpolitik geführt werden soll, liegen ja schon vor. Ein besonders vielsagendes fand sich kürzlich in der "Arbeitgeber-Zeitung". Die "Königliche Sig." hatte zur Frage der zukünftigen Sozialpolitik geschrieben: "Die staatliche Versicherungsgesetzgebung wird auf längere Zeit hinaus keine weiteren Fortschritte machen können... Die nächste Sorge wird die Wiedereroberung der fremden Märkte sein, die nicht mit neuen sozialpolitischen Erfolgen geleistet werden kann." Diese Aussage an die sozialpolitischen Hoffnungen und Forderungen hatte der "Vorwärts" wiedergegeben und mit der mehr resignierten als aufreizenden Bemerkung verschen: "Das wird den Arbeitern und Angestellten nicht gerade angenehm zu hören sein." Die "Arbeitgeber-Zeitung" ist über diesen Satz bald wild geworden. Sie meint, sie könne "die Tendenz dieser Bemerkung" unter dem Burgfrieden gar nicht genug kennzeichnen, müsse aber darauf hinweisen, "wie ungemein niedrig das sozialistische Parteiblatt mit dieser Bemerkung die Einsicht der deutschen Arbeiter und Angestellten einschätzt". Dann versichert die biedere Hüterin der Unternehmensinteressen ganz trennerzig, sie sehe „das volle Vertrauen“ in „unsre Arbeiter und Angestellten“, daß sie einsehen werden, — daß nach Friedensschluß zunächst alle Kräfte eingefordert werden müssen, um der Industrie den Weltmarkt wieder zu eringen und das Wirtschaftsleben im Innern in alter Stärke aufzubauen; solange das nicht erreicht, an eine Fortführung der Reichssozialpolitik nicht zu denken sei. Davor, daß das Unternehmensblatt solche Ausschüttungen hegt und entwidelt, wird niemand überrascht sein, aber daß schon das Bedauern über eine solche Ausschüttung als ein nicht zu charakterisierender Vorstoß gegen den Burgfrieden bewertet wird, ist bezeichnend und beachtenswert.

Da trifft es sich gut, daß gerade jetzt wieder einmal die Auffassung, als sei die Arbeiterversicherung eine einseitige Belastung der Industrie zugunsten der Arbeiterschaft, von allerjäufigster Seite zurückgewiesen wird. Ministerialrat Dr. Dietrich Schan kommt in einer kürzlich erschienenen Schrift über die "Wirkung der deutschen Sozialversicherung" nach eingehenden Untersuchungen zu dem Urteil, daß den Ausgaben für die soziale Versicherung "wichtige Vorteile für die Gesamtheit" gegenüberstehen. Er schreibt:

"Die Arbeiterversicherung zusammen mit dem Arbeiterschutz wirkt im Sinne einer Prophylaxe (Vorbereitung) der Entartung des Volkes, indem die kinderreiche Volkschicht, die Arbeiterschaft, auf solide gesunde Basis gestellt wird. Hierdurch werden auch die Interessen der gesamten Lebenskraft des Volkes... einigermaßen gewahrt und pfleglich weiterentwickelt... Die Arbeiterversicherung und die mit ihr inaugurierte (eingeleitete) moderne Sozialpolitik und Sozialhygiene ist keine bloße Belebung der Produktion. Sie ist außerdem Meliorierung (Verbesserung) der Produktion selbst." In anderer Stelle zieht er den Schluß, daß "die Kosten der Arbeiterversicherung weniger als Kosten, sondern vielmehr als notwendige und zugleich reproduktive (neuschaffende), sich je hältende Spesen unserer Wirtschaft zu bewerten sind". Ist das richtig? — und wir sind der festen Auffassung, daß es richtig ist —, so werden wir nach dem Kriege nicht weniger, sondern mehr Sozialpolitik treiben müssen, wenn wir der deutschen Industrie den Weltmarkt und dem deutschen Volk die Lebenskraft erhalten wollen. Allerdings geben wir uns nicht der Hoffnung hin, daß diese Erkenntnis nach dem Kriege allgemein werden wird. Im Gegenteil, wie befürchten, daß die voraussichtlich sehr hohe Belastung der Staatsausgaben durch den Krieg eine weitgehende Abneigung gegen die Übernahme weiterer Lasten durch Erweiterung der sozialen Versicherung hervorruft wird. Um so mehr haben die an der Sozialversicherung direkt interessierten Arbeiter und ihre politischen und wirtschaftlichen Interessentenvertretungen die Pflicht, Fortführung und Erweiterung der Sozialversicherung zu fordern und diese Forderung zu bekräftigen mit dem Nachweis, daß die finanzielle Belastung des

Volkes zugunsten einer erweiterten Sozialversicherung eines der besten Mittel ist, um die Wunden, die uns der Krieg geschlagen hat, zu heilen. Der ungeheure Menschenvernichtung durch den Krieg muß eine planmäßige Menschenreinhaltung im Frieden folgen. Als ergänzende Maßnahmen dazu brauchen wir Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

9. Arbeitslosenfürsorge.

Die Entwicklung der Sozialversicherung durch eine umfassende reichsgerichtliche Arbeitslosenfürsorge ist dringend erforderlich. Die beschleunigen Ansätze, die uns die ersten Kriegsmonate mit ihrer großen Arbeitslosigkeit gebracht haben, müssen planmäßig weiter entwickelt werden, bis das Reich mit einheitlichen Maßnahmen alle Versuche abläßt. Die Widerstände gegen eine Fürsorge für Arbeitslose werden sehr groß sein. Einmal, weil die Kosten, wenigstens in Zeiten ungünstigen Geschäftsganges, recht hoch sein werden, dann aber auch, weil die Unternehmer befürchten, daß die gesetzliche Unterstützung die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit der Arbeitslosen erhöhen und dadurch dem Lohndruck in Krisenzeiten entgegenwirken wird. Die Unternehmerpresse hat ja schon die Arbeitslosenfürsorge-Einrichtungen, die seit Kriegsausbruch von den Gemeinden geschaffen wurden, als Schritte in den "sozialistischen Rentnerstag" verdächtigt. Vielleicht wird gegen die Schaffung einer gesetzlichen Arbeitslosenfürsorge jetzt eingewandt, eine solche sei vorläufig unnötig, weil die starke Verminderung der Arbeitskräfte durch den Krieg einen Mangel an Arbeitern zur Folge haben würde, so daß jeder, der arbeiten wolle, auch Arbeit finden würde. Es geht nicht an, im Rahmen dieser mehr flüchtigen Arbeit zu untersuchen, ob nicht die Verminderung des Auslandsabsatzes und der Rückgang des inländischen Verbrauchs den Verlust an Arbeitskräften mehr als ausgleichen. Die Zukunft wird darüber Klarheit bringen. Heute begnügen wir uns, auf solche Einwände zu sagen, daß dann, wenn wir eine allgemein günstige Lage des Arbeitsmarktes zu erwarten haben, die Einführung einer Arbeitslosenfürsorge um so leichter ist, weil sie dann nur geringe Kosten bringen wird. Kommt dann später eine schlechte Geschäftslage, so ist es besser, wie beiden probte Einrichtungen, als daß dann wieder aus dem Siegtreif gehäuft werden müßt. Ist aber die Hoffnung auf einen allgemein günstigen Geschäftsgang trügerisch, haben wir nach dem Kriege nicht sehr wenig, sondern sehr viel Arbeitslose, so wird die allgemeine Arbeitslosenfürsorge nicht nur eine soziale Pflicht, sondern wahrscheinlich auch eine wirtschaftliche und politische Notwendigkeit. Wer da glaubt, daß Reich könne die aus dem Felde zurückkehrenden Krieger hilflos sich selbst überlassen, wenn sie im Wirtschaftsleben keinen Platz mehr finden zur Verwertung ihrer Arbeitskraft, der wer da meint, die ganze Fürsorge für die industrielle Reservearmee auch fernherhin den Gewerkschaften aufzuladen zu können, der dürfte bittere Enttäuschungen erleben. Nebenbei, noch einmal sei es hier gesagt: Die Kostenfrage darf in Zukunft bei der Ausgestaltung der Sozialpolitik keine Rolle mehr spielen. Jede Maßnahme, die zur Erhaltung unserer Volkskraft notwendig ist, muß getroffen, jede dafür erforderliche Summe muß beschafft werden. Ein Reich, das Milliarden und aber Milliarden aufzutragen kann, um seine Grenzen zu schützen gegen äußere Feinde, muß einen immerhin geringen Bruchteil solcher Summen aufwenden können, um seine arbeitende Bevölkerung zu schützen gegen die Sorgen des Lebens, gegen die Gefahren der Arbeit, gegen die Schäden einer Wirtschaftsordnung, die planmäßig Güter nur erzeugen kann, wenn sie planlos Menschen vernichtet.

10. Konsumentschluß.

Die Sicherung der Lebensmittel zu erträglichen Preisen ist jetzt ernstlich in Frage gestellt. Nicht nur deshalb, weil in Deutschland infolge der Sperrung des Außenhandels jetzt manche Waren fehlen oder doch sehr knapp geworden sind, sondern vor allem auch deshalb, weil gewissenlose Wucherer die Zeit benutzen, um sich zu bereichern. Die Arbeiterschaft hat schon in Friedenszeiten ernsthafte Versuche gemacht, den die Waren verteuenden Zwischenhandel auszuschalten oder zurückzudrängen. Ihnen kann man eben in einer solchen Zeit nichts Gutes geschehen, die sich durchweg glänzend bewährt haben. Der durch den Krieg geschaffenen Lage waren sie jedoch naturgemäß nicht überall gewachsen; vor allem deshalb nicht, weil sie ein immerhin nur kleines Gediet des Handels beeinflussen können. Wäre nicht nur ein geringer Bruchteil, sondern die Gesamtheit oder auch nur die große Mehrheit der Arbeiterschaft in Konsumvereinen organisiert, so würde die standesalte Kriegspreistreiberei in ihrem heutigen Umfang einfach unmöglich. Die Bewegung des Volkes, wie sie jetzt im Schwange ist, führt direkt zu einer Gefährdung der Volksernährung, zu einer Untergabeung der Volksgesundheit.

Es besteht nun die Gefahr, daß die hochgetriebenen Preise auch nach dem Kriege noch fortdauern. Mindestens werden sie sehr langsam fallen und den Stand, den sie vor dem Kriege hatten, vielleicht nicht sobald wieder erreichen, obwohl auch der schon hoch genug war. Es werden sich also die Lebensverhältnisse zahlreicher Arbeiterschichten daran erheben, wenn es nicht gelingt, das Verhältnis zwischen Warenpreisen und Arbeitslohn in nachhaltiger Weise zu beeinflussen. Einem Druck auf die Warenpreise über, wie schon gesagt, die Konsumvereine aus. Wenn die

Regierung in Zukunft die Organisationen der Konsumenten mit denselben Förderung schützt und fördert, mit dem sie dieselben früher bekämpft und schikaniert hat, so fördert sie die Lebenshaltung weiterer Volkskreise und treibt damit die so bitter notwendige Politik der Menschenreinhaltung. (Ein fünfster Artikel folgt.)

Wie wird es nach dem Kriege?

Zu dem in der Überschrift angegebenen, ebenso zeitgemäßen wie umstrittenen Thema schreibt die "Arbeiter-Zeitung":

Der für die Kriegsdauer proklamierte Burgfriede hat da und dort weitgehende Hoffnungen in bezug auf die Gestaltung der Dinge nach dem Kriege geweckt. Unviele sind sich diese Hoffnungen verwirklichen werden, muß man abwarten. Es kann aber nicht eindringlich genug gewarnt werden, die Bedeutung des Burgfriedens zu überhöhen. So notwendig es erscheint, den Auftrag innerer Gegenseite bis nach Beendigung des Weltkrieges zurückzustellen, so trübt wäre es, annehmen zu wollen, daß der Krieg die vorhandenen Gegenseite beseitigt hätte. Nein, sie sind vorhanden, und je länger der Krieg dauert, um so schwerer fällt es, den Burgfrieden zu wahren.

Die Arbeiter haben um so mehr Ursache, stets auf dem Posten zu sein, als immer wieder neue Tatsachen bekannt werden, die beweisen, wie man auf der Gegenseite rüstet, um zu gegebener Zeit denen den Star zu stechen, die im Vertrauen auf den Burgfrieden und seinen dauernden Bestand ihre Waffen rosten ließen. Sehr lehrreich ist ein vom preußischen Minister des Innern v. Loebell am sämtliche Landräte gerichtetes Rundschreiben, das kürzlich der "Vorwärts" an die Öffentlichkeit gebracht hat und das in der Presse aller Parteirichtungen großes Aufsehen erregte. Der Herr Minister weiß, daß die Haltung der kleinen Kreis- und Landespresse, für die die Stimmung im Lande und für den Fall fünfiger Wahlen von herausragendem Einfluß ist". Deshalb will er eine "nachhaltige positive Beeinflussung" dieser Presse sicherstellen. Die Landräte sollen zu dem Zweck veranlassen, daß die Zeitungsverleger und Redaktionen in ihrem Machtbereich sich der unter dem direkten Einfluß des Ministers stehenden Korrespondenz bedienen, um besten aber die an dieser Stelle gleichzeitig und fertig zusammengesetzten Zeitungen zu verwenden, auf die nur noch der Kopf mit dem Titel gedruckt zu werden braucht, um bei dem leichtgläubigen Leser die Meinung zu erwecken, er habe ein unabhängiges Blatt vor sich, während ihm in Wirklichkeit die Ansicht der Regierung beigebracht wird.

Diese Methode, auf solch heimlichen Wegen Stimmung für die Regierungspolitik zu machen, ist nicht neu. Auffällig ist es aber vor allem, daß die preußische Regierung es für notwendig hält, die Zeit des Burgfriedens auszunehmen, um künftige Wahlen vorzubereiten. Ob der Plan, nachdem er vorzeitig entstellt ist, noch in dieser Form durchgeführt werden wird, bleibt abzuwarten. Müßig ist es aber immerhin, wenn den Lesern der Umlattpresse vor Augen geführt wird, auf welchem Wege man ihre geistige Stoff vorbereitet und wie niedrig man an den maßgebenden Stellen ihre geistige Regsamkeit einschätzt.

Daneben hat auch eine andre Kundgebung des preußischen Ministers des Innern die Wirkung gehabt, die Öffentlichkeit daran zu erinnern, daß das so aufsehend wirkende Messen mit zweierlei Maß nur für die Kriegsdauer eingestellt ist. Auf eine Gingabe hat ein dem Deutschen Kriegerbunde nicht angeschlossener Militärverein vom Minister des Innern v. Loebell folgende Antwort erhalten:

"Was den Hannoverschen Kriegerverein (Militärverein für Niedersachsen) anbelangt, so habe ich dafür Sorge getragen, daß die von Euren Hochwohlgeborenen hervorgehobenen Besonderheiten in dem Verhalten der Behörden gegenüber den einzelnen Ortsgruppen dieses Vereins berücksichtigt werden. Als Grundsatz wird festgehalten werden, daß während des Krieges die Behörden gegenüber allen Vereinen, deren Tätigkeit mit den vaterländischen Interessen nicht im Widerspruch steht, gleichmäßig verfahren. Hieraus ist mit Sicherheit zu entnehmen, daß dem Hannoverschen Kriegerverein (Militärverein für Niedersachsen) während des Krieges keine Schwierigkeiten von den Königlich preußischen Behörden in den Weg gelegt werden."

Diese beiden Erlasse sind begreiflicherweise sehr lebhaft kommentiert worden. In halbdramatischen Auslassungen wurde deshalb der Minister in Schutz genommen. Bezuglich des Preiseerlasses wird in dieser Veröffentlichung gesagt, daß die Beeinflussung durch die Landräte sich in der Haupsache auf die Kreisblätter beschränkt soll. Diese Einschränkung ändert aber nichts an der Bedeutung des Erlasses. Im Hinblick auf das wiedergegebene Schreiben an den Hannoverschen Kriegerverein ist bekanntgegeben worden, daß der Empfänger des Briefes auf seine Reklamation ein weiteres Schreiben des Ministers erhalten habe, in dem es heißt: "Die Behörden werden vielmehr auch nach dem Kriege gegenüber allen Vereinen, deren Tätigkeit mit den vaterländischen Interessen im Einklang steht, ein gleiches Verhalten unterändert bewahren." Ob diese Erklärung besonders geeignet ist, beruhigend zu wirken, wollen wir nicht weiter erörtern, sondern nur darauf hinweisen, daß der Begriff der Vereine, deren Tätig-

heit mit den bürgerlichen Interessen im Einklang steht", sehr bedeutsam ist.

Das gemeinsame Wirken der Gewerkschaften während der Dauer des Krieges hat diesen vielseitige Anerkennung eingetragen. Auch die Behörden haben ihre Schen vor den Gewerkschaften abgestreift; vielfach werden ihre Vertreter zu offiziellen Verhandlungen zugezogen, und ihre ungeheure Bedeutung für das Volkswohl wird häufig vorurteilsfrei gewürdigt. Wir wollen zwar die Hoffnung nicht aufgeben, daß die den Gewerkschaften gezielte Anerkennung sich noch in praktische Taten umsetzt. Eine Gefahr dafür, daß Gesetzgebung und Verwaltung auf die Bedürfnisse der Gewerkschaften künftig größere Rücksicht nehmen als vor dem Kriege, haben wir allerdings nicht, und es ist vielleicht ganz möglich, daß unter der Herrschaft des Burgfriedens hin und wieder Dinge sich ereignen, die daran erinnern, wie eng die Grenzen für die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften gezogen sind.

Ein solcher Vorfall wurde kürzlich aus Südn. gemeldet. Dort hatten die Vertreter des Bauarbeiter- und Zimmererverbundes mit einer Baufirma wegen Leitungszulagen verhandelt. In einer Versammlung der in dem Betriebe beschäftigten Verbandsmitglieder wollten sie über die Verhandlungen berichten. Die Versammlung konnte aber nicht abgeschlossen werden, weil die Polizei den Verband-Vertriebenen den Zugang verweigerte. Auf deren Beschwerde antwortete der Polizeipräsident wie folgt:

"Da sich die Teilnahme der Versammlung vom 18. d. M. nicht bezieht auf die Arbeiter der Firma Helf & Heinemann beschränkt, so war die Versammlung öffentlich und unterlag der Genehmigung des Königlichen Gouvernements. Eine solche war nicht erteilt und konnte daher die Beteiligung anderer Personen als der fraglichen Arbeiter politisch nicht gebündelt werden."

Außerdem entsprach das Versammlungslokal nicht den für öffentliche Versammlungsräume bestehenden Vorschriften."

Sehr "burgfriedlich" klingt diese Antwort des Polizeipräsidenten gerade nicht, dagegen erinnert sie ledhaft an die Politik der Nadelstiche, die zu der Zeit, als man vom Burgfrieden noch nichts wußte, häufig gegen die Gewerkschaften angewendet wurde.

Mit dem Burgfrieden ist es überhaupt eine eigenartige Sache, und es berührt recht sonderbar, wenn man sieht, daß gewisse Kreise, die ihre egoistischen Ziele auch während des Krieges unentwegt weiter verfolgen, daneben auch für den Gedanken des Burgfriedens schämen. Es hat sich kürzlich die so streitbare "Arbeiter-Zeitung" für die Vereinigung des Burgfriedens ins Zeug gelegt. "Der Burgfriede darf nun und niemehr mit dem Kriege zu Ende gehen", heißt es in dem Leitartikel in Nr. 43 dieses Blattes. Die Qualität der "Arbeiter-Zeitung" ist zur Genüge bekannt, man kann sich deshalb leicht vorstellen, wie der Burgfriede beschaffen ist, den sie verebigen möchte. Dem Unternehmertum, dessen Ansichten in der "Arbeiter-Zeitung" verfochten werden, wäre es natürlich sehr angenehm, wenn die Kontrolle durch die Gewerkschaften dauernd befehligt würde. Das Verlangen der Arbeiter nach Teilnahme an dem Genuss der Kulturerholungen ist, nach Verbesserung ihrer Wirtschaftslage hat das Schatzamt schon immer sehr unangenehm empfunden, und die Forderung, mit den Gewerkschaften, als der Vertretung der Arbeiterschaft, über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhandeln, betrachtet es als einen Eingriff in seine geheiligten Rechte, der entschieden zurückgewiesen werden muß. Das Ideal dieses Schatzamts ist völlige Ausbeutungsfreiheit, die seiner Meinung nach durch möglichste Vahmlegung der Gewerkschaften am besten gesichert wird.

Der Belagerungszustand mit seiner weitgehenden Beschränkung der freien Meinungsäußerung darf aber nicht mit dem Burgfrieden vergleichbar werden. Dieser kann, so wie er zu Beginn des Krieges problematisch wurde, mit die Bedeutung eines freiwilligen Beziehens auf die Herstellung der in den verschiedenen Kreisen der Bevölkerung vorhandenen Gegensätze haben. Es kann seiner Natur nach nur ein vorübergehender Zustand sein und nur so lange gelten, als alle Teile den Gott halten, den sie füllschmeißend eingegangen sind. Als dauernde Errungenschaft aus der Zeit des Burgfriedens hoffen wir aber ein besseres gemeinsames Werkzeug der Gegenwart zuvertrauen.

Es wird allerdings sehr wesentlich von dem Verhalten der Behörden, von der Gesetzgebung und der Verwaltung abhängen, ob der unauflöslichen Kampf die verbitternde Schärfe genommen wird. Noch sind die Gesetz- und Verfassungen in Kraft, die unter dem Erbprinzip erlassen sind, daß die Arbeiterbewegung eine unerwünschte Errichtung ist, deren Beseitigung nach Möglichkeit gehemmt werden soll. Die oben wiedergegebene Verfügung des früheren Polizeipräsidenten ist nur ein Beispiel für viele, das beweist, daß der arbeiter- und gewerkschaftsfreundliche Geist in den Verwaltungsbehörden noch recht lebendig ist. Eine Gewähr dafür, daß das Unrecht in den Forderungen der Arbeiter künftig größeres Verständnis entgegenbringen wird als vor dem Kriege, haben wir nicht, und ebenso fehlt uns jede Sicherheit, daß die Erfahrung ihres Konsequenzen aus den Erfahrungen in der Zeit des Burgfriedens ziehen wird.

Unsere Hoffnungen auf eine freiwilliges Einigungsverfahren in der angehenden Zeitung sind also, soweit gewunden, nicht sehr hoch gespannt. Die Arbeiterschaft würde aber völlig unter die Räder kommen, wenn es in blinder Zerstreuung auf den Burgfrieden losging. Es gibt nun was genügend Sicht zu zu rätselnder Beträchtung, und am Verständnis nach der Rätsellosigkeit hat man es ja nicht leicht lassen. Aber darüber ist das nicht als Erfahrung für ein besonderes Burgfrieden-Konzept mit der Verpflichtung künftig recht brab und befrieden zu sein, sondern als ein selbstverständliches Recht, das man nur selber vorzuhalten hat. Aber doch muß eine Sicherheit, daß man sich später den eingegangenen Verpflichtungen erinnert. Wir müssen uns für alle Fälle darum einsetzen, daß die Arbeiterschaft nach heile Kampf um die Anerkennung ihrer sozial-freierlichen Gleichberechtigung wird führen müßte. Der Kampf um den gerechten Anteil an dem Ertrag unserer Arbeit wird uns auch nach dem Kriege nicht erspart bleiben. Die Zeit des Burgfriedens darf keine Wiederkehr nicht erlauben.

Bereit sein ist alles! Es kommt die Überzeugung des ehemaligen Chefs der "Arbeiter-Zeitung", in dem sie für den

eigenen Burgfrieden schwärmt. Das mag auch unser Wahlspruch sein. Hoffen wir, daß sich unsre Wünsche erfüllen, aber zählen wir uns für alle Fälle darauf ein, daß wir für unsre Sache kämpfen müssen. Unsre Organisation ist unsre Waffe, sie muß geschäftig sein, wenn wir ihrer bedürfen. Bereit ist ein ist alles!

Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis.¹⁾

In dem vor einiger Zeit erschienenen Buch "Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland" haben sich zehn Sozialdemokraten und zehn bürgerliche Mitarbeiter vom vorwiegend politischen Standpunkt aus mit Arbeiterfragen beschäftigt, die durch den Weltkrieg erhöhte Bedeutung gewonnen haben. Jetzt ist abermals ein Sammelwerk erschienen, in dem hauptsächlich die Gewerkschaften als solche zu Worte kommen. Das Werk besteht: "Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis" ist herausgegeben von Wilhelm Franck, Redakteur am "Korrespondenzblatt der Generalversammlung". Unter den Mitarbeitern finden wir 14 aktiv tätige Gewerkschaftsvertreter und zwei auf dem Gebiete der Sozialpolitik und Arbeiterversicherung wirkende Genossen. In dem Buch, das den Untertitel "Ein gewerkschaftliches Kriegsbuch" trägt, untersuchen die gewerkschaftlichen Mitarbeiter die Einwirkungen des Krieges auf einige Industriezweige, deren Produkte und Waren im Weltmarkt eine herausragende Stelle einnehmen. Die beiden ersten Abhandlungen zeigen neue Gesichtspunkte auf, die während des Krieges in bezug auf Sozialpolitik und Arbeiterversicherung zutage getreten sind — und was wir nach dem Kriege von Staat und Gesetzgebung erwarten. Der Refrain aller Mitarbeiter ist: Welche Interessen haben die deutschen Arbeiter am Kriegsergebnis? Die Legitimation zur Behandlung und Beantwortung dieser Fragen steht den Verfassern zweifellos zu. Realpolitiker, die unmittelbar aus der Praxis schöpfen, wie es im Vorwort heißt, reden zu uns. Wir haben es also mit Leuten zu tun, die praktisch tätig sind und an verantwortungsvollen Stellen stehen. Für sie gilt, was Genosse Schmidt auf Seite 6 sagt: "Nichts kann uns mehr von einem fruchtbaren Kapitalismus befreien, als die Verbindung mit der Praxis." Schon leichtere Tatsache läßt uns die Herausgabe des Buches als gut und zweckmäßig erscheinen. Die Mehrzahl der Mitarbeiter hat uns sowohl Interessantes wie Wichtiges zu sagen. Sie zeigen uns an den Zahlen über Ein- und Ausfuhr Deutschlands als aufsteigenden Industriestaat, der in seinem Markt tödlich getroffen würde, gingen die Pläne Englands, den deutschen Außenhandel zu ruinieren, in Erfüllung. Der aussichtsreichste Konkurrent im Friedlichen Weltmarkt um den Weltmarkt, schreibt Hu, ist unstreitig Deutschland. Imperialistische Tendenzen als Folge der kapitalistischen Entwicklung hätten jedoch ihrer Lösung, und England glaubte das Problem zu seinen Gunsten am vorteilhaftesten mit Machtgewalt lösen zu können. Es hatte bei friedlicher Weiterentwicklung zu verlieren, Deutschland aber zu gewinnen. "Darum" — schreibt Hu weiter — „können, namentlich von marxistischer Seite, die friedlichen Absichten und die Gesinnung auch des offiziösen Deutschlands, unbeschadet der bremerbäuerlichen Beziehungen, die noch einem bekannten Kanzlerwort oft „das Schwert im Minde“ geführt haben, ernstlich nicht bezweifelt werden. Deshalb ist auch die Arbeiterschaft Deutschlands recht daran, nachdem einmal die Kriegsbefreiung vollzogen, sich rückhaltlos für die Landesverteidigung einzusezen.“

In England sehen sämtliche 16 Mitarbeiter den eigentlichen und gefährlichsten Feind, weil England als unbeschränkter Gebieter der Meere der deutschen Volkswirtschaft und seiner Entwicklung ungeheure Schaden zufügen könnte, falls die vierverbandsmäßige Sieger blieben. Ein Industriezweig, dessen gewaltige Entwicklung den Engländern Sorge bereitet, ist die deutsche chemische Industrie. Unser Kollege Heinrich Schmidt schreibt darüber: „Die chemische Industrie Deutschlands ist in ihrem Umfang wie in ihrer inneren Durchbildung, in ihrer Weitseitigkeit wie in ihrer Leistungsfähigkeit unübertroffen, ja unerreicht. Ihre Wurzeln reichen über den ganzen Erdball, ihre Erzeugnisse gehen in alle Länder, ihr Einfluß ist unübersehbar groß. Sie verwandelt unbedachte Urwälder Afrikas in wertvolle Rohstoffquellen und des Nordens ungemeine Wasserkälle in industrielle Maschinenkräfte; sie entwertet englische Kolonien und finanziert amerikanische Republiken, sie verbreitete europäische Kultur auf entlegene Inseln des Weltmeers und gesäßdet jahrtausendealte Kulturen im Herzen Indiens. Die chemische Industrie Deutschlands ist eine Weltmacht im wahren Sinne des Wortes.“ Das ist es, was England mit Sorge erfüllt. Es sind auch bereits Maßnahmen getroffen, die der deutschen chemischen und Textilindustrie das Exportgebiet entreißen sollen. Lehnherr liegt es bei andern Industriezweigen.

Was schließlich eine Kriegsniederlage für Deutschland bedeutet, zeigt uns heute bereits die Absperrung vom Nebenland. „Die Krise unserer Textilindustrie“ — schreibt Hu — „wurzelt in der Weltwirtschaft.“ Durch Entzug der Rohstoffprodukte würden eine ganze Reihe Industriezweige und von ihnen abhängige Nebenzweige in ihrer Existenz schwer geschädigt oder ganz lebensgefährdet werden. Die Folgen wären große Arbeitslosigkeit, Abwanderung und damit Rückgang der Bevölkerungszahl, Zersetzung unserer Organisationen oder doch Schwächung und Hinderung ihres Aufstiegs. „Inning weist auf diese Gefahren eindeutig hin.“ Das erklärt die Fassimierung zur Bemühung der Kriegsredire, aber auch den Willen zu ziegen. Hu und Schmidt zeigen eine andre Gefahr auf im Falle einer Niederlage für uns. Durch eine Besetzung oder Besetzung Oberschlesiens durch die Russen, Elsass-Lothringens und des rheinisch-westfälischen Industriegebiets durch Frankreich würde der deutsche Montanindustrie und dem nächstverwandten und weiterverarbeitenden Gewerbe ein tödlicher Schlag versetzt. Gegenwärtig würden uns Rohstoffe und Kriegsmaterial fehlen, da uns ja auch der Bezug derselben aus Amerika nicht möglich wäre.

Die deutsche Arbeiterschaft kämpft also im eigenen Interesse, da sie den Krieg von einem nicht verhindern konnte, um den Sieg über gegen eine Niederlage. Ihre Interessen vereinigen sich in diesem Kampf mit denen der übrigen Volksgenossen. Aber die Arbeiterschaft ist deshalb nicht gewillt, als frontner Dulfer ihre

Fähigkeit zu erfüllen ohne dafür Rechte zu fordern. Es ist wesentlich und gibt unserer gewerkschaftlichen Kriegsbuch seine größte Bedeutung, daß in ihm einzig zum Ausdruck kommt, was wir von Staat und Gesetzgebung erwarten, nicht als Belohnung, sondern als ein Recht. Wir hoffen, daß in Zukunft an allen maßgebenden Stellen des Staates der organisierten Arbeiterschaft eine fachliche und objektive Wertung zuteil wird. Seither war das nicht immer der Fall, was auch der Staatssekretär Dr. Delbrück gelegentlich einer Befreiung des Vereinsgesetzes in der Budgetkommission am 18. März 1915 zum Ausdruck gebracht hat. Er meinte, alle Schwierigkeiten der ... Gesetze, wie z. B. des Vereinsgesetzes, lägen ja nicht in der Struktur der Gesetze selbst, sondern in dem schweren innerpolitischen Gegensatz, der zwischen einzelnen Parteien sowie zwischen der Regierung und einzelnen Parteien bestanden habe.

Was erwartet die deutsche Arbeiterschaft nach dem Kriege? zunächst wird die Regelung neuer Handelsverträge und in Verbindung damit die Zollfrage eine wichtige Rolle spielen. Wir erwarten, daß bei den Friedensverhandlungen deutscherseits Handelsfreiheit in allen kolonialen Gebieten, Freiheit der Meere und möglichste Befreiung der Zoll- und Verkehrschränke angestrebt werden. Die Vertretung der Arbeiterschaft und damit der großen Masse der Konsumenten muß in solchen Fragen gehörig werden.

In der Frage des Schutzolls gehen die Meinungen der Mitarbeiter auseinander. Die einen sind für völligen Abbau, während andre bedingt die Berechtigung eines Schutzolls zugeben. Meines Erachtens hat ein Schutzoll auf Agrarprodukte für Deutschland keine Berechtigung, um so weniger, wenn wir mit einer weiteren Industrialisierung Deutschlands rechnen. Dagegen möchte ich für industrielle Erzeugnisse einen Schutzoll nicht unbedingt und für alle Fälle ablehnen. jedenfalls muß beachtet werden, daß Deutschland in erster Linie Industrie- und Handelsstaat ist.

Auch die Frage einer Monopolisierung des Mehl- und Getreidehandels durch den Staat wird bei Behandlung der Ernährungsfrage aufgeworfen, wozu Genosse Schmidt bemerkt: „Für die Durchführung eines solchen Monopols wäre die Voraussetzung, daß nicht eine Regierung den Einfluß ausübt, die sich ganz im Bankkreis agrarischer Interessen bewegt; wir können sonst in die Gefahr einer Preisreiberei, die das Gegenteil dessen herbeiführen würde, was im Interesse der Arbeiterschaft wünschen: Mäßige Preise für Brot.“ Dem kann man bestimmen. Ein staatliches Getreidemonopol ist etwas anderes als ein Monopol auf irgendeinem Industriezeugnis. Fabriken lassen sich erbauen, aber der Grund und Boden läßt sich nicht vermehren. Die Besitzer von Grund und Boden können unter Umständen auch bei einem Staatsmonopol der Gesamtheit recht gefährlich werden. Die einfachste und sicherste Lösung wäre freilich Erklärung des Grund und Bodens zu Staatseigentum.

Bedeutungsvolle Neuerungen hat uns der Krieg bereits auf sozialpolitischem Gebiet gebracht. Eine Anzahl von uns seit Jahren vertretene Forderungen wurden Wirklichkeit, weil die Praxis als Lehrmeisterin ihre Erfüllung gebietet; so das Voraussetzung, daß nicht eine Regierung den Einfluß ausübt, die sich ganz im Bankkreis agrarischer Interessen bewegt; wir können sonst in die Gefahr einer Preisreiberei, die das Gegenteil dessen herbeiführen würde, was im Interesse der Arbeiterschaft wünschen: Mäßige Preise für Brot.“ Dem kann man bestimmen. Ein staatliches Getreidemonopol ist etwas anderes als ein Monopol auf irgendeinem Industriezeugnis. Fabriken lassen sich erbauen, aber der Grund und Boden läßt sich nicht vermehren. Die Besitzer von Grund und Boden können unter Umständen auch bei einem Staatsmonopol der Gesamtheit recht gefährlich werden. Die einfachste und sicherste Lösung wäre freilich Erklärung des Grund und Bodens zu Staatseigentum.

Bedeutungsvolle Neuerungen hat uns der Krieg bereits auf sozialpolitischem Gebiet gebracht. Eine Anzahl von uns seit Jahren vertretene Forderungen wurden Wirklichkeit, weil die Praxis als Lehrmeisterin ihre Erfüllung gebietet; so das Voraussetzung, daß nicht eine Regierung den Einfluß ausübt, die sich ganz im Bankkreis agrarischer Interessen bewegt; wir können sonst in die Gefahr einer Preisreiberei, die das Gegenteil dessen herbeiführen würde, was im Interesse der Arbeiterschaft wünschen: Mäßige Preise für Brot.“ Dem kann man bestimmen. Ein staatliches Getreidemonopol ist etwas anderes als ein Monopol auf irgendeinem Industriezeugnis. Fabriken lassen sich erbauen, aber der Grund und Boden läßt sich nicht vermehren. Die Besitzer von Grund und Boden können unter Umständen auch bei einem Staatsmonopol der Gesamtheit recht gefährlich werden. Die einfachste und sicherste Lösung wäre freilich Erklärung des Grund und Bodens zu Staatseigentum.

Auch in den Arbeiterversicherungen sind einige bedeutungsvolle Änderungen eingetreten. Genosse Wissel, der dieses Thema behandelt, sagt: „Die zwingende Notwendigkeit des Krieges hat gerade hinsichtlich der Sauglingsfürsorge und des Wochnerinnenschutzes zu Maßnahmen geführt, die zweifellos ohne den Krieg noch nicht so bald gekommen wären und deren Aufrechterhaltung nach Beendigung des Krieges zwingende Notwendigkeit ist. Ich meine die Wochenhilfsverordnung des Bundesrats, deren letzte, die den Chefsfrauen der minderbemittelten Kriegsteilnehmer eine Fürsorge gewährt, geht so weit, daß es nur noch eines Schrittes vorwärts bedarf, um allen Wochnerinnen überhaupt den Schutz zu gewähren, der in dieser menschenzmährenden Zeit ihnen und den werdenden Wesen so notwendig ist.“ Wissel erkennt rückhaltlos die Leistungen und die übertragende Bedeutung der deutschen Arbeiterschaft Deutschlands an, betont jedoch auch, man dürfe nicht die harten Leistungen den riesengroßen Opfern an Leben und Gesundheit gegenüberstellen, gleichsam als wenn diese Opfer damit abgegolten wären. „Das zerbrochene Menschen Glück, das Meer von Tränen, der psychische und physische Schmerz können mit keinen Trösten aufgewogen werden.“ Den Eisernern gegen einen Rückbau der Arbeiterversicherung hält Wissel die Worte des Präsidenten des Reichsversicherungsamts entgegen: „... Sie (die Arbeitersfürsorge) erwies sich als eine Quelle deutscher Kriegsbereitschaft. Was man von ihren verweichenden und entzerrenden, von ihren politischen Enttäuschungen erzählte, waren Märchen.“

Wenn wir manche Fortschritte auf sozialpolitischem Gebiet während des Krieges gemacht haben, so geben wir uns auch keinen Illusionen hin. Es wäre eine arge Verleumdung der Tatsachen, wenn wir glauben wollten, die gebratenen Regierungs- und Bundesstaatstauben flögen uns nun ins Maul. Um vieles, was heute in den Anfängen vorhanden ist, werden wir nach dem Kriege noch kämpfen müssen, insbesondere auch um eine zielbemalte, zentralisierte Arbeitsvermittlung, desgleichen um die Arbeitslosenversicherung. Ansätze sind auch hierfür vorhanden. Ein wirkliches Koalitionsrecht fordern wir nicht als Vorrecht, sondern als gleiches Recht, wie andre Klassen es haben. Gewiß, in einem besieгten Deutschland wäre vieles, was die Arbeiterschaft bis heute erreichten hat, in Frage gestellt. Aber die Arbeiterschaft hat bewiesen und beweist es jeden Tag, daß sie das endliche Kriegsergebnis für Deutschland günstig gestalten will, soweit es in ihrer Macht liegt. Nur dann werden wir mit Erfolg weiterbauen können.

Ich glaube damit den wesentlichsten Gedankeninhalt unsres gewerkschaftlichen Kriegsbuches wiederzugeben zu haben. Es war nicht möglich, die Arbeit jedes einzelnen Mitarbeiters zu besprechen. wohl auch nicht nötig, weil in den Allgemeinfragen der Grundton der gleiche ist, was auch eine der gewichtigen Seiten des Buches ist: Einig im Ziel. Das Buch ist als geistiger Niederschlag mutiger Männer der lebendigen Praxis ein interessantes Zeitdokument.

¹⁾ "Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis", herausgegeben von W. Jellison, bearbeitet von S. Baumeyer, Berlin, Preis pro Heft 2 M., gebunden 3 M., für Gewerkschaftsmitglieder durch die Organisationen bezogen 1,20 M.

Aus der Industrie

Das Lohnkonto und die Wohlfahrtseinrichtungen.

Der Krieg hat schon gewaltige Lüden in die Reihen der männlichen Bevölkerung der europäischen Staaten, soweit sie am Kriege beteiligt sind, gerissen; kein Wunder, daß die Kapitalisten um ihren zulässigen Profit bangen und nach Mitteln und Wege Pauschal halten, um ihrer „Verelendung“ vorzubeugen. Der Mangel an geübten Arbeitskräften macht sich vielfach heute sehr bemerkbar und man weiß noch nicht, ob nicht auch nach dem Kriege noch Arbeitskräfte fehlen werden. Die Unternehmer werden deshalb in Zukunft noch mehr als bisher bestrebt sein, sich die neuesten Errungenschaften der Technik zunutze zu machen und auch sonst allerlei Maßnahmen zur Sicherung ihres Gewinns zu treffen. Die chemischen Konkurrenzen werden sich im Syndikaten-Kartellen und Preiskontrollen zusammenfinden, um gemeinsam, als ein einziges Volk von Brüdern, die Konkurrenten zu schröpfen. Die Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen wird in erheblich stärkerem Maße betrieben werden als vor dem Kriege, und der dadurch unabschöpfliche Lohndruck wird die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft noch wesentlich verschärfen. Die Kaufkraft des Lohnes ist über durch die Vereitung aller Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, die wahrscheinlich auch nach dem Kriege in erheblichem Umfang anhalten wird, erheblich gefallen. Die Arbeiterschaft muß also ein offenes Auge für die Vorgänge im wirtschaftlichen Leben behalten, wenn sie nicht unter die Räder kommen will.

Schon jetzt sind Bestrebungen im Gange, die darauf hinauslaufen, auf Kosten der Arbeiterschaft die Rentabilität der Betriebe zu heben. In Nr. 48 des „Wochenblattes für Papierfabrikation“ schlägt ein Direktor E. vor, die Rentabilität der Papierindustrie während der immer schwieriger werdenden Kriegszeit nach folgenden von ihm im „Ausland“ probierten (?) Grundzügen zu heben:

1. Verminderung des Lohnkontos;
2. Abschaffung der überlieferten Übergewichte;
3. Wiederbenutzung der Abwasser.

Die Verminderung des Lohnkontos empfiehlt E. so durchzuführen, daß die Anzahl der beschäftigten Arbeiter beträchtlich vermindert wird (bei der Durchführung seiner Grundsätze hatte er angeblich mehr als ein Viertel sämtlicher Arbeiter entlassen), und um die Produktion mit weniger Personal auf gleicher Höhe zu halten ebenst. noch zu erhöhen, soll das Lohnkonto noch mehr eingeschürt werden. Herr E. behauptet sogar, daß nach seinen Erfahrungen durch das Akkordsystem eine Abnahme des Übergewichts sich bemerkbar mache. Wir sind allerdings der entgegengesetzten Meinung, denn je größer die Antreiberei der Arbeiter — und diese ist beim Akkordsystem größer als bei Zeitlohnarbeit —, desto weniger ist der Arbeiter in der Lage, den Produktionsprozeß ruhig und sachgemäß überwachen zu können, und desto mehr ist die Gefahr der Übergewichte und sonstigen Fabrikationsfehler vorhanden. Ueberdies scheint Direktor E. im Ausland jeden Einblick in die Produktionsmethode der deutschen Papiererzeugungsindustrie verloren zu haben, sonst müßte er wissen, daß das Akkordsystem in Deutschland schon in sehr weitem Umfang üblich ist. Auch hat der Krieg schon dafür gesorgt, daß die Arbeiterzahl in den einzelnen Betrieben gewaltig vermindert und an die Arbeitsleistungen des einzelnen größere Ansprüche gestellt und so das Lohnkonto entlastet wurde. Weiter haben die deutschen Papiermacher, denen der Appetit beim Essen kam, das Recht zur Beschäftigung von Frauen und Kindern unter 16 Jahren an Maschinen, deren Bedienung vor dem Kriege als Privilegium der Männer galt, gefordert und in gewissem Umfang auch erhalten. Direktor E. kommt also mit seinen Vorschlägen, soweit sie die Entlastung des Lohnkontos zum Ziel haben, rechtlich spät. Oder sollte Herr Direktor E. mit seiner Forderung auf Verminderung des Lohnkontos eine weitere Verschärfung der schon bestehenden mangelschaften Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeiführen wollen? Um Freunden für solche Bestrebungen würde es ihm unter den Papierindustriellen nicht fehlen. Die Papierarbeiter werden deshalb gut tun, die Augen offen zu halten, ihre Berufsorganisation daran zu stärken, daß sie mit größter Ruhe solchem wenig burgfriedlichen Gebaren der Unternehmer entgegensezgen können.

Um der Arbeiterschaft die Verminderung des Lohnkontos und die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter schmächerlich zu machen, empfiehlt E. die Einrichtung von Wohlfahrteinrichtungen. Er schreibt aus seinen Erfahrungen:

„Mein war die Erneuerung der so durchgeföhrten Reformarbeit, und um sie glücklich abzuschließen, fehlt nur noch etwas: die Fesslung der Arbeiter an den Platz. Dies wurde schließlich erreicht durch Ausführung von lichten und lustigen,

gartenumzäunten Wohnhäuschen und die Förderung der allgemeinen Wohlfahrtsverhältnisse.“

Alles, schon dagewesen!¹ wurde Ben Alva zu den Ausführungen des Direktors E. sagen, und doch sind sie wert, festgehalten zu werden. Bislang behaupteten die Unternehmer nichts, daß nur die Liebe zur Arbeiterschaft und die Sorge um deren Wohlergehen sie veranlaßte, die Wohlfahrteinrichtungen zu schaffen. Wagnen wir einmal, diese edlen Beweggründen anzusiedeln und die Wohlfahrt mit den geschäftlichen Ergebnissen in Verbindung zu bringen, dann — nun ja, dann waren wir eben Heiter und Wöhler. Da aber Direktor E. in solchen Gedächtnis nicht kommen kann, muß man ihm schon glauben, daß wenigstens hier und da die Wohlfahrteinrichtungen dem Unternehmer eine „reiche Ernte“ sicherstellen sollen. Der Arbeiter wird an den Platz gesetzt, er ist in seinem ländlichen und lustigen, gartenumzäunten, dem Unternehmer gehörigen Wohnhäuschen der Giuligefangene seines Arbeitgebers, dem es so leichter wird, die Arbeitsleistungen der Arbeiter zu erhöhen und das Lohnkonto zu vermindern. Wir werden gelegentlich an diese Ausführungen des Herrn-Direktors E. im „Wochenblatt für Papierfabrikation“ erinnern. St.

Oberbayerische Zellstoff- und Papierfabriken, A.-G.

In der Eisenbahnhauptstadt München-Giesing liegen von Bergen umhüllt, im Tal die Oberbayerischen Zellstoff- und Papierfabriken, A.-G., Redensfelden, eine Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation in Aschaffenburg. Eine Wegstunde von Wiesbach entfernt liegt in einem herrlichen Tale, von Bergen und prachtvollen Nadelwaldungen umgeben, die durch den Tauerndorfer Prozeß belannte und berüchtigte Papierfabrik „Am Baum“. Diese beiden Werke bilden zusammen die Oberbayerischen Zellstoff- und Papierfabriken, A.-G. Stammmutter der Gesellschaft ist die Papierfabrik „Am Baum“, die 1904 gegründet und 1907 in die heutige Firma mit dem Sitz in München umgewandelt wurde. Im Jahre 1907 wurde auch der Grünstein zur Zellstoff- und Papierfabrik Redensfelden gelegt, die am 1. Oktober 1909 in Betrieb kam, doch schon im Jahre 1911 im Verein mit der Papierfabrik „Am Baum“ in den Besitz der Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation in Aschaffenburg überging, die die Aktien der Oberbayerischen Zellstoff- und Papierfabriken, A.-G., durch die Pfälzische Bank erwarb, und zwar die Vorzugsaktien zu 40 Prozent und die Stammmittel zu 30 Prozent des Nominalbetrages. Das Geschäftsjahr 1910/11 brachte der Gesellschaft einen Verlust von 1.292.183 Mark, der sich im folgenden Jahre um 759.688 Mark auf 1.991.871 Mark erhöhte, so daß fast das gesamte, 2.000.000 Mark betragende Aktienkapital verloren war. Die Aktionäre der Gesellschaft haben sich deshalb gezwungen, durch Zusatzzahlung von 150 Prozent auf jede Stammmittel- und 75 Prozent auf jede Vorzugsaktie dem Kapitalistischen Klientelkundnamen neue Lebenskräfte einzuflößen. Im Jahre 1913 waren schon wieder 266.863 Mark Verlust zu verzeichnen, der sich im Jahre 1914 auf 930.964 Mark erhöhte, so daß schon wieder fast die Hälfte des neuen Aktienkapitals zum Teufel gegangen ist. Die Werke wurden von Aschaffenburg für 760.000 Mark erworben und sollen, nach Mitteilung des „Berliner Tageblatts“, einschließlich gewährter Darlehen mit circa zehn Millionen Mark Aschaffenburg belasten. Die Aschaffenburgsche Gesellschaft hat sich durch die Adoption dieser Werke bis in die Tinte gezeichnet. Nach einer weiteren Melbung des „Berliner Tageblatts“ sind den Aufsichtsrat der Gesellschaft Bedenken aufgestiegen wegen der Sachbewertung auf den früheren Sätzen; deshalb hat derselbe eine Nachprüfung veranlaßt, weshalb auch die am 10. Dezember 1915 einberufene Generalversammlung verlegt wurde. Es ist zu befürchten, daß durch diese Nachprüfung der Verlust der Gesellschaft sich noch erheblich vermehrten wird, was auf die Finanzierung der Aschaffenburgschen Gesellschaft nicht ohne Einfluß bleiben, für die Gesellschaft aber um so schwerwiegender sein dürfte, als dieselbe in diesem Jahre bereits die Hälfte ihres 12 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals verloren hat und ihre Aktien von 2 zu 1 zusammenlegen müßte.

In ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1914 führt die Aschaffenburgsche Gesellschaft die folgenden Geschäftsergebnisse der ihr angehörenden Werke auf: Ueberproduktion und Preisunterbelastung zurück. Sie schreibt dazu wörtlich:

„Durch den Verbrauch an Papier in normalen Zeiten ständig zugenommen hat, konnte die gesamte Erzeugung infolge andauernder Vergrößerung bestehender und Errichtung neuer Anlagen nicht untergebracht werden, was Preisunterbelastung und Verlustbringung des Arbeitens der Papierfabriken zur Folge hatte. Eine Begleiterscheinung dieses Zustandes wurde es, daß die Zellstofffabriken, wollten sie nicht ihren alten, von der Konkurrenz unbedrohten Kundenkreis noch beständig verringen lassen, durch Einräumung größerer Kredite und Gewährung längeren Zuges allmählich in die Stellung des Geldgebers oder des Preisgeigers gerieten. Der hereinbrechende Krieg hat dieses unvermeidliche Verhältnis der Zellstofffabriken zu den Papierfabriken noch unverträglicher gestaltet.“

Schade, daß diese Erkenntnis der Gesellschaft erst so spät kommt. Bis jetzt stand Aschaffenburg auch im Verdachte, zu jenen Gesellschaften zu gehören, die sich durch Preisunterbelastung den Markt erobern wollen; wenigstensstellte sich vor einigen Jahren Rothstein bitter über die preisfördernde Konkurrenz von Redensfelden und einigen andern nachstoßenden für einheitlich glatte Papiere, die aber ebenfalls ihre Konkurrenzmaßter mit schweren Verlusten läßen müssen. Die fortwährende Vergrößerung der Redensfelder Werke in den letzten Jahren deutet jedoch nicht darauf hin, daß die Verwaltung der Tugend war, Redensfelden sei auf Grund seiner geographischen Lage unentbehrlich. Auch den Arbeitnehmern, die vor dem Kriege zwischen 20 und 35 Pf. pro Stunde schwanken (für die Maschinenführer erhalten Monatslöhne bis zu 150 Mark), kann die Sorge an den Verlusten der Firma nicht zugeschrieben werden. Unter den Papierarbeitern bei Redensfelden wegen seiner grandiosen Werke einen außerordentlichen Aufschwung erlangt. Wie kommt die Redensfelder Betriebsleistung mit der täglichen Produktion zuvielgestellt werden, ihre Parole heißt jetzt: „Nicht Papier“. Diese Parole ist seit dem Eintritt des technischen Direktors

Dr. Hofmeister in die Gesellschaft im Jahre 1909 immer hochgehalten worden, wie aus einem Bericht der Verwaltung hervorgeht, nach dem Hofmeister die Produktion seit seinem Eintritt um 50 Prozent gestiegen haben soll. Wenn durch die Nachprüfung der Sachbewertung der Oberbayerischen Zellstoff- und Papierfabriken, A.-G., eine weitere Belastung für Aschaffenburg entsteht, die zu einer neuen Finanzkrise führen sollte, so hat sich die Verwaltung die Schuld selbst zusuzutragen. In diesem Falle müßte man dem Kriegsbüchler M. Christoffer recht geben, der über Unternehmungen aber, solchen und müssen zugrunde gehen, wenn noch so viel Kapital in ihnen festgelegt ist.“ St.

Ein feines Geschäft.

Am 1. Dezember hatte der Verein sächsischer Tapetenfabrikanten eine freie Zusammenkunft seiner Mitglieder in Chemnitz, wobei mitgeteilt wurde, daß die beschlossene Preiserhöhung von 2 resp. 1 Mt. für 100 Kilogramm Pappe nicht nur von den Wählern glatt bewilligt, sondern teilweise noch bis um 1.50 Mt. für 100 Kilogramm überfasst wurde. Bei einem derartigen kleinen Geschäft dürfte das Gejammer über die angeblich erheblich gelegerten Löste der Papierarbeiter endlich verstummen. Bei verringerten Herstellungskosten, durch Beschäftigung von Jugendlichen und Arbeitern an Maschinen, die früher nur von Männern bedient wurden, und bei erheblichen Preissteigerungen für die Fertigfabrikation läßt es sich auch im Zeitalter des Lebensmittelknappens recht angenehm leben.

Ein schweizerischer Zelluloidwaren-Fabrikant als Massenmörder seiner Arbeiter.

Ein furchtbare Unglücks ereignete sich am 30. September 1915 in einer Zelluloidwarenfabrik in Mülliswil. Der Ort liegt in der Schweiz im Kanton Solothurn. Die Meldeungen über den Umfang und die Ursachen des Unglücks ließen nur spärlich und vagegenständig, weshalb wir erst keine genaueres berichten können. Was aber berichtet wird, ist so grausig, daß das Unglück leider nur den größten Unfallereignissen in der Zelluloidindustrie an die Seite gestellt werden kann. Die Ursachen liegen in erster Linie in einer gewissenwie „Kampfarei des Fabrikanten. Dazu tritt dann die unzählige und auch in der „freien Schweiz“ sehr vermehrungs- und verbessерungsbefürdigte Gewerbeinspektion, die nicht nachlässig revidierte und trotzdem sie die Mängel im Betriebe kannte, nicht stift auf. Besetzung derselben bestand. Das traurige Ereignis vor Anlass zu einer Interpellation des Sozialdemokraten im zuständigen Kantonsrat. Darüber wird wie folgt berichtet:

Im Kantonrat von Solothurn hat die dortige sozialdemokratische Fraktion das am 30. September passierte große Unglück in Mülliswil, wobei 32 Personen bei Tod anstanden und 46 verwundet wurden, in Form einer Interpellation zur Sprache gebracht. Sie fragte die Regierung, was für Maßnahmen sie zur Verhütung ähnlicher Unglücksfälle wie in der Kammfabrik Mülliswil zu treffen gedacht, und was für Vorschriften für den Wiederaufbau der Fabrik aufgestellt werden. Ferner wünschte sie Auskunft über die Unterjagung des Unglücksfalls. Der Interpellant Genosse Schwidensatter, daß nach ihren Aussagen die Arbeiter die große Gefahr in der Fabrik kannten und an jedem Morgen, wenn sie zur Arbeit gingen, mit dem Leben abschlossen. Auf dem Gefahrenherd, der Schleiferei, hatte es wiederholt kleine Brände gegeben, die über glückliche Weise von der Arbeiterschaft selbst immer wieder gelöscht werden konnten, was aber am 30. September nicht mehr gelang, so daß das große Unglück passieren konnte, und zwar deshalb, weil in den großen Mengen von Zelluloidstaub zu viel Brandstoff angehäuft war. Schwid verfaßte zwei Briefe von Arbeitern der Papierfabrik Mülliswil. In dem einen wird mit der Pflicht ihrer nachlässigung der Fabrikinspektion aufgefordert und der von Mülliswiler Arbeitern unternommene Bezug der Belehrung des Fabrikanten Walter Drege als eine heuchelige erklärt. Es wird diesem auch vorgehalten, daß er Hungerlohn zahlt und für seinen großen Besitz nur eine Bagatelle von Guinsten bezahlt. Der Verfasser des zweiten Briefes geht mit dem Fabrikanten Walter noch schärfer ins Gericht und weist ihm unter Ausführungen bestimmter Tatsachen nach, daß nur seine ungezählte Ausbeutung ihm Gewissensbisse das Unglück verschuldet hat. Dieser Arbeiter war auch am Unglücksfall in der Fabrik und entging mir mit knapper Not dem sicheren Tode. Er führt nun an, daß bis etwa ein halbes Jahr vor dem Unglücksfall zwei Arbeiter bei einem Stundenlohn von nur 40 Cent mit der Beschaffung des Zelluloidstaubes beschäftigt waren. Diese Völle waren aber dem „großen und brutalen Geldmenschen, Arbeiterschänder und Guinstier“, wie der Papierarbeiter erbittert weiter ausführte, zuviel, und es wurden deshalb die beiden Arbeiter entlassen und an ihre Stelle ein jehzehnjähriger Junge mit einem Stundenlohn von nur 12 Cent gestellt. Die Ersparnis an Lohn war also ganz bedeutend, aber das äußerte sich mit jedem Tag die Mengen des gesetzlichen Zelluloidstaubes, bis er explodierte, die Fabrik in die Luft sprengte und unter der Arbeiterschaft das große Unglück anrichtete. Der Arbeiter schämt die Menge des vorhandenen Zelluloidabfalls und staubes auf 20 bis 25 Centine! Unser Genosse Schwid führt im Kantonrat aus, daß er selbst in Mülliswil einen politischen Arbeiterverein gründete, aber der Fabrikant Walter und seine Angestellten terrorisierten die Arbeiter daran, daß sie aus Sicht vor dem Verlust ihrer treuen Freunde die Organisation wieder verlieren, so daß diese einging und der reiche Gegner sein Ziel erreicht hatte. Nachdem unsre Genossen noch den Mangel an Sicherheitsvorkehrungen in der zerstörten Mülliswiler Fabrik und den Widerstand des Fabrikanten Walter gegen alle Anordnungen der Fabrikinspektion knapp und lebhaft bezeichnet hatte, verlangte er für die kantonale Fabrikinspektion völlig Selbständigkeit sowie die Auflösung einer Fabrikinspektorin, damit sich auch die vielen tausend Fabrikarbeiterinnen vertrauensvoll an jemals wenden können.

Nun ereignete sich etwas, was selten in solchen Fällen in den bürgerlichen Parlamenten vorkommt: der Sprecher der Kantonuszegierung, Regierungsrat Dr. Kanmann, bestätigte alle Anklagen, die der sozialdemokratische Interpellant und die

Aus diesen Raffinerien sollen wiederum gewonnen werden:

16,5 Kilogramm Terpentin,
15,0 Kilogramm leichtflüssige Ole,
10,0 Kilogramm hochfeste Oele,
231,0 Kilogramm Katalyse.

Die sogenannten Ingenieure Hellström und Hilding Bergström haben aus der Sulfatfabrikalange Terpentin, Methylalkohol, Ammoniumsulfat und flüssige Harze gewonnen. Hellström berechnet die Ausfuhr an reinem Terpentin auf 5 Kilogramm aus einer Tonne Zellstoff. Hilding Bergström hat bei der Methylalkoholgewinnung aus dem Rückstand der Sulfatfabrik für einheitlich glatte Papiere, die aber ebenfalls ihre Konkurrenzmaßter mit schweren Verlusten läßen müssen. Die fortwährende Vergrößerung der Redensfelder Werke in den letzten Jahren deutet jedoch nicht darauf hin, daß die Verwaltung der Tugend war, Redensfelden sei auf Grund seiner geographischen Lage unentbehrlich. Auch den Arbeitnehmern, die vor dem Kriege zwischen 20 und 35 Pf. pro Stunde schwanken (für die Maschinenführer erhalten Monatslöhne bis zu 150 Mark), kann die Sorge an den Verlusten der Firma nicht zugeschrieben werden. Unter den Papierarbeitern bei Redensfelden wegen seiner grandiosen Werke einen außerordentlichen Aufschwung erlangt. Wie kommt die Redensfelder Betriebsleistung mit der täglichen Produktion zuvielgestellt werden, ihre Parole heißt jetzt: „Nicht Papier“. Diese Parole ist seit dem Eintritt des technischen Direktors

pro Tonne Zellstoff 372 Kilogramm Rohse beigefügt.

Ingenieur Strehler, ein sogenannter Zellstoff-Chemiker, hat aus der Sulfatfabrikalange Alkohol, Gips und Kreide gewonnen. Den Wert der von ihm aus der Lauge gewonnenen Produkte berechnet er wie folgt:

Eine Tonne Zellstoff ergibt:

106,4 Liter absoluten Alkohol	im Werte von 21,28 Fr.
6,3 Kilogr. Methylalkohol	im Werte von 4,41 Fr.
0,75 Kilogr. Zement	im Werte von 0,75 Fr.
2,83 Kilogr. Chlorkalzium	im Werte von 2,83 Fr.
13,23 Kilogr. Gips	im Werte von 0,40 Fr.
Zellstoffreste	
im Werte von 7,05 Fr.	

Außerdem sollen noch 150 Kilogramm Gips und 40 Kilogramm schweflige Säure gewonnen werden. Jegeaufbereitung berechnet den Wert der zutreffend gewonnenen Stoffe auf 48 Kronen pro Tonne Zellstoff.

Der Chemiker Maxath P. Cam stempft die Schweflige Säure ab, wobei ein aus organischen Stoffen bestehender Niederschlag entsteht. Dieser Niederschlag soll durch Alkalien oder verdünnten Alkohol gelöst werden und als Lotion für braune Papiere, als Farbstoff und Farbstoff für Holzwaren, durch Behandlung mit Salpeterküsse je nach der Stärke der Säure als gelber oder brauner Farbstoff zum Färben von Wolle verwendet werden können. Bei Vermischung des Maxath-Cam-Lösung mit Kalziumsulfat und Schwefel wird dieser auf 185 bis 230 Grad Celsius soll der Wasserabspülung des Rückstandes eine Schwefelsäure zum Färben von Woll- und Seidenstoffen enthalten, die dunkelbraun bis schwarz färbt.

Der aus Zellstoffabfällen gewonnene Spirit, zu Trinkzwecken unzulässig, soll sich vorzüglich zu gewerblichen Zwecken eignen. Die sogenannten Zellstoff-Fabrikanten haben im ersten Vierteljahr 1915 1.256.756 Liter fünfzigprozentigen Zellstoff-Spiritus hergestellt, der zu einem Verkaufspreis von 25 Pfennig (28 Pf.) in den Handel gebracht wird. Die sogenannten Zellstoff-Fabrikanten haben dadurch eine günstige Rentabilität, die Bevölkerung hat einen vergleichsweise billigen Spiritus.

Zellstoff-Ablaugenverarbeitung.

I.

Seit Beginn der Zellstoffindustrie lagern die Reißer von Zellstoffreichen über die Sulfatfabriken der von den Zellstoff-Fabriken in Birse und Höglwörth abgeleiteten Zellstoffabfällen. Fast ebenso lange sind die Jünger der Zellstoffchemie bemüht, Abfälle zu verwerten und diese Abfälle wieder zu verwerten. Etwa in den letzten Jahren ist es der Chemie gelungen, aus diesen Abfällen für die Volkswirtschaft recht wertvolle Sorten zu ziehen, welche die Abfälle vollständig zu verwerten scheinen.

